



Forderungen der E-Handwerke zur

Bundestagswahl

“Wirtschaftswachstum durch klare Rahmenbedingungen für Zukunftstechnologien“

I. KERNPOSITIONEN

1. Energiewendetechnologien nicht öffentlich diskreditieren
2. Investitionen brauchen klare und verlässliche Rahmenbedingungen
3. Zunehmende Elektrifizierung braucht staatliche Koordinierung
4. Wirtschaft und Klimaschutz profitieren von niedrigeren Strompreisen
5. Netzanschlussverfahren weiter beschleunigen
6. Digitalisierung auch aus der Perspektive der KMU vorantreiben
7. Technologische Komplexität nutzen und beherrschen
8. Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung
9. Fachkräfteeinwanderung vorantreiben
10. Bürokratie weiter abbauen und Handwerk stärker entlasten

II. EINLEITUNG

Deutschland stehen in den nächsten Jahren enorme Herausforderungen bevor. Die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich nicht zuletzt aufgrund des Krieges in der Ukraine, einer zunehmend protektionistischen Haltung der USA und geopolitischen Spannungen mit China maßgeblich verschlechtert. Gleichzeitig zeigt sich, welch großer Investitionsstau sich über die letzten Jahre im Bereich der Privatwirtschaft sowie der öffentlichen Infrastruktur gebildet hat. Darüber hinaus erfordert das deutsche Klimaziel, dass massiv in neue Technologien investiert wird, um unser Land bis 2045 klimaneutral zu machen.

Das Elektrohandwerk mit seinen rund 50.000 Betrieben beweist tagtäglich, dass Energiewende und wirtschaftlicher Erfolg nicht im Widerspruch zueinanderstehen, sondern im Gegenteil voneinander abhängen. Um die Transformation zu einem wirtschaftlichen Erfolg zu führen, muss die Politik – und allen voran die neue Bundesregierung – jetzt die richtigen Weichenstellungen stellen. Nachfolgend haben wir dazu die aus unserer Sicht bedeutendsten Punkte aufgeführt:

1. Energiewendetechnologien nicht öffentlich diskreditieren

In den letzten beiden Jahren hat der teils unsachliche politische Streit über die Reform des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) sowie das angebliche „Verbrennerverbot“ ab 2035 dazu geführt, dass Wärmepumpen und Elektroautos unnötig in Misskredit geraten sind. Die aktuelle Diskussion darüber, ob die GEG-Reform nach der Bundestagswahl wieder rückgängig gemacht wird, schreckt zudem viele Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen davon ab, in moderne Klimaschutztechnologien zu investieren. Es braucht eine überparteiliche Einigkeit darüber, dass Anforderungen an neue Gebäudetechnik marktorientiert ausgerichtet und mit dem deutschen Klimaziel – einer Dekarbonisierung bis 2045 – in Einklang stehen müssen. Demnach sollten bereits heute grundsätzlich nur solche Heizungssysteme installiert werden, die nach realistischen Maßstäben dazu geeignet sind, im Jahr 2045 CO₂-neutral betrieben werden zu können.

Wir fordern die verantwortlichen politischen Parteien auf, für stabile gesetzliche Rahmenbedingungen zu sorgen, um das Investitionsklima in Deutschland zu verbessern. Die neue Bundesregierung muss erkennen, auf welchen Zukunftstechnologien die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands vor dem Hintergrund des Klimaschutzziels fußen kann und welcher Rahmen für deren kontinuierliches Wachstum gesetzt werden muss.

2. Investitionen brauchen klare und verlässliche Rahmenbedingungen

Ein weiterer Grund für die Investitionszurückhaltung von Privatpersonen und Unternehmen sind unstete und teils zu komplexe Rahmenbedingungen. So hat der unvermittelte Stopp bei der E-Auto-Förderung im Herbst 2023 zu einer starken Verunsicherung am Markt und zu einer anhaltenden Kaufzurückhaltung geführt, die die wirtschaftliche Lage der deutschen Automobilwirtschaft stark beeinträchtigt hat. Verlässlichkeit und Planbarkeit müssen insbesondere auch hinsichtlich des CO₂-Preispfads gewährleistet bleiben, damit Klimaschutztechnologien als attraktive Alternative zu mit fossilen Energieträgern betriebenen Anwendungen wahrgenommen werden.

Wir fordern die verantwortlichen politischen Parteien auf, stabile und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, an denen sich Kundinnen und Kunden, Hersteller sowie das installierende Handwerk langfristig orientieren können. Diskussionen über die Abschaffung oder Eindämmung bestehender Förderungen sollten ebenso unterlassen werden, wie die Ankündigung immer neuer Fördermöglichkeiten in der Zukunft, da beides gegenwärtig die Investitionen in Klimaschutztechnologien bremst. Anreize zur Investition in klimafreundliche Technologien sollten primär durch einen verlässlichen CO₂-Preisfad gesetzt werden.

3. Zunehmende Elektrifizierung braucht staatliche Koordinierung

Das Ziel, bis 2045 klimaneutral zu sein, ist ohne eine massive Elektrifizierung der Gebäude, im Verkehr sowie der Industrie nicht möglich. Gleichzeitig muss der dafür benötigte Strom klimaneutral erzeugt werden. Schon heute kommen die Stromnetze an einigen Tagen des Jahres an ihre Kapazitätsgrenzen. Um der Gefahr einer unsicheren Stromversorgung vorzubeugen, braucht es eine langfristig ausgerichtete politische Agenda, die den Ausbau erneuerbarer Energien, den Hochlauf bei E-Mobilität und Wärmepumpen, den dafür notwendigen Netzausbau, Smart-Meter-Rollout, variable Stromtarife, den Aufbau von Reservekraftwerken und Speichern zeitlich koordiniert.

Wir fordern die verantwortlichen politischen Parteien auf, schnellstmöglich die richtigen Weichen zu stellen, um die für das Erreichen der Energiewende notwendige Elektrifizierung nicht zu gefährden. Es braucht eine Art "Electrification Action Plan", wie ihn Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf EU-Ebene bereits ins Spiel gebracht hat.

4. Wirtschaft und Klimaschutz profitieren von niedrigeren Strompreisen

Deutschland gehört zu den Ländern in der EU mit den höchsten Strompreisen für Privathaushalte und kleine und mittlere Unternehmen. Dadurch werden vor allem Unternehmen mit höherem Stromverbrauch stark belastet und Investitionen in klimafreundliche Technologien wie E-Autos oder Wärmepumpen im Wettbewerb benachteiligt.

Wir fordern die verantwortlichen politischen Parteien auf, sich für niedrigere Strompreise einzusetzen. Dies kann gelingen, indem die auf den Strompreis aufgeschlagenen Steuern und Abgaben auf das mögliche Mindestmaß abgesenkt werden. Die zuletzt stark gestiegenen Netzentgelte sollten zudem auf einem tragbaren Niveau stabilisiert werden, z.B. durch die Einführung des seit langem diskutierten Amortisationskontos.

5. Netzanschlussverfahren weiter beschleunigen

Unterschiedliche Vorgaben und teils immer noch nicht digitalisierte Prozesse der über 800 Verteilnetzbetreiber in Deutschland führen zu Verzögerungen bei der Installation und Inbetriebnahme von Erneuerbaren-Energien-Anlagen sowie Stromverbrauchseinrichtungen wie Wärmepumpen oder Ladestationen für Elektroautos. Wir begrüßen, dass die Politik dieses Thema mittlerweile erkannt hat und Konzepte für eine Standardisierung und Digitalisierung aller Netzanschlussverfahren entwickelt hat.

Wir fordern die verantwortlichen politischen Parteien auf, bereits begonnene Reformvorhaben fortzuführen und weitere Maßnahmen zur konsequenten Digitalisierung und Vereinheitlichung der Netzanschlussverfahren der 874 deutschen Verteilnetzbetreiber einzuleiten.

6. Digitalisierung auch aus der Perspektive der KMU vorantreiben

Wir bauen heute die Infrastruktur für morgen. Dies betrifft nicht nur staatliche Investitionen in klassische öffentliche Infrastruktur, wie Schulen oder Verkehrswege, sondern auch Investitionen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen im digitalen Raum. Diese Projekte werden oft als Leuchtturmprojekte für die Industrie durch den Staat gefördert, aber privatwirtschaftlich aufgebaut. Den privatwirtschaftlich orientierten Ansatz unterstützen wir.

Die nächste Bundesregierung darf dabei jedoch nicht die kleinen und mittständischen Unternehmen (KMU) vergessen. Diese brauchen besondere Hilfestellungen, um ebenfalls an der aktuellen rasanten Technologieentwicklung partizipieren zu können.

KMU mitzunehmen ist dabei eine wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidung zur Stärkung der bewährten deutschen Wirtschaftsstrukturen. Die Bundesrepublik verfügt aufgrund der starken KMU über resiliente und leistungsfähige Wertschöpfungsketten. Dies zeigt sich in Krisen genauso, wie in der Entwicklung von der Innovation zur Marktreife bis in den Export hinein. Deutschland ist auch aufgrund seiner KMU Leitmarkt und Leitanbieter für viele Technologien.

Wir fordern insbesondere Entwicklungen wie den Digitalen Produktpass (DPP 4.0) und Datenraumtechnologien für KMU zugänglich zu machen. Insbesondere muss auch in Förderprojekten die Perspektive der KMU verpflichtend einbezogen werden. Da diese Entwicklungen extrem anspruchsvoll sind, kommt dabei den Handwerksverbänden als Vermittler eine besondere Rolle zu.

7. Technologische Komplexität nutzen und beherrschen

Deutschland ist Hochtechnologie-Standort und Treiber von Innovationen. Steigende technologische Komplexität bietet Chancen und Risiken. Die E-Handwerke sehen Herausforderungen auf den Handlungsfeldern der digitalen Energiewende und der Smart Buildings.

Dezentrale erneuerbare Energieversorgung bewirkt einen drastischen Systemwechsel. Stromnetzausbau, aber vor allem auch intelligente Steuerung mit einem neu aufgestellten Strommarkt, sind essentiell. Energiemanagement wird zur Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende auf vielen Ebenen, in Quartierslösungen, Produktionen, großen Liegenschaften und einzelnen Gebäuden.

In der zukünftigen Energieversorgung entscheiden über die Kosten der Energienutzung nicht nur die Effizienz und ein fixer Bezugspreis, sondern auch die viel direktere Beteiligung der Verbraucher an einem Strommarkt durch flexible Tarife.

Bereits heute halten in Gebäuden mit hoher Geschwindigkeit digitale Applikationen Einzug. Gebäude als Lebensumgebung werden damit digital vernetzt und bieten Unterstützung, aber auch neue Angriffsmöglichkeiten.

Diese steigende Komplexität muss bewältigt werden, bietet aber zugleich enorme Chancen für die Wirtschaft. Den E-Handwerken kommt dabei eine besondere Rolle zu.

Wir fordern, politische Entscheidungen zu Technologiethemata stärker auch an den Erwartungen von KMU auszurichten. Die E-Handwerke sind Dienstleister und Vermittler von Innovationen. In der politischen Entscheidungsprozessen muss diese Perspektive besser berücksichtigt werden, damit die Menschen in Deutschland weiter Zugang zu sicheren, qualitativ hochwertigen lokalen Dienstleistungen bekommen.

8. Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung

Die duale Berufsausbildung ist einer der wesentlichen Grundpfeiler des deutschen Bildungssystems. Über ganzheitliche Berufsbilder stellen wir sowohl ökonomische Absicherung der arbeitenden Bevölkerung mit Aufstiegsperspektiven sicher, als auch ein hohes Qualifikationsniveau bereit. Durch hochqualifizierte Fachkräfte schaffen wir in Deutschland Unternehmertum, Innovationskraft und ein hohes Qualitäts- und Sicherheitsniveau der Dienstleistungen der freien Wirtschaft für die Gesellschaft. Die duale Berufsausbildung mit vollwertigen Abschlüssen muss wieder stärker als attraktives Qualifizierungsmodell wahrgenommen werden. Hierzu können Berufslaufbahnkonzepte in den Handwerksbranchen oder eine Erhöhung der Angebote der Berufsorientierung an allen Schulformen, von Primarstufe bis zu Sekundarstufe II, einen wesentlichen Beitrag leisten. Gleichzeitig ist es unerlässlich, Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein Klima der Wertschätzung aller beruflicher Bildungswege ermöglicht.

Wir fordern die verantwortlichen politischen Parteien auf, dazu beizutragen, das System der dualen Ausbildung attraktiver zu machen. Dazu sollten die Fördersätze des Aufstiegs-BAföGs erhöht und KfW-Darlehen zinsfrei gestellt werden, wie es bei Studierenden schon seit Jahren üblich ist. Die staatliche Förderung der Überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU) muss nachhaltig sichergestellt werden, um die Qualität der Ausbildung vor dem Hintergrund steigender Kosten zu garantieren. Des Weiteren muss eine Förderung auf derselben Fortbildungsstufe möglich sein, damit der E-Handwerksmeister als klimarelevanter Beruf seinen Kunden handwerkliche Dienstleistungen "aus einer Hand" anbieten kann, etwa bei der energetischen Sanierung von Wohngebäuden.

9. Fachkräfteeinwanderung vorantreiben

Dem Fachkräftemangel kann nur entgegengetreten werden, wenn neben der vollumfänglichen Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials auch die Fachkräfteeinwanderung erleichtert wird. Erste Schritte sind mit der Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes vollzogen worden, benötigen zukünftig aber zwingend eine zentrale Organisation auf Bundesebene.

Wir fordern die verantwortlichen politischen Parteien auf, sich in Zusammenarbeit mit den Fachverbänden dafür einzusetzen, die Fachkräfteeinwanderung zu erleichtern, um den zunehmenden Bedarf an Arbeitskräften in den kommenden Jahren decken zu können und damit Schaden für den Wirtschaftsstandort Deutschland abzuwenden.

10. Bürokratie weiter abbauen und Handwerk stärker entlasten

Auch die nächste Bundesregierung wird sich mit der nach wie vor hohen Bürokratielast auseinandersetzen und diese weiter abbauen müssen. Das Handwerk braucht eine deutliche Bürokratieentlastung, um zeitliche und finanzielle Ressourcen für seine Kernaufgaben zurückzugewinnen. Gesetzliche Vorgaben müssen praxisnah ausgestaltet und in regelmäßigen Abständen auf ihre Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit überprüft werden; Gesetzesänderungen müssen planbar und verständlich sein. Allgemein zu nennen ist hier die bestehende Flut an bürokratischen Berichts- oder statistischen Meldepflichten, die insbesondere für KMU eine enorme Belastung darstellen. Elektrohandwerksbetriebe leiden zudem unter bürokratischen Vorgaben, wenn sie bereit sind, von ihren Kunden Elektroaltgeräte zur Entsorgung zurückzunehmen, auch wenn sie nach dem ElektroG gar nicht dazu verpflichtet sind. Hier braucht es praktikable Lösungen, die eine freiwillige Rücknahme von Elektroaltgeräten wieder attraktiver machen.

Wir fordern die verantwortlichen politischen Parteien auf, die Bürokratiebelastung kleiner- und mittelständiger Betriebe kontinuierlich zu senken. Es braucht mehr Vertrauen in die Rechtstreue der Betriebe und weniger präventive Nachweispflichten. Gleichzeitig müssen die Erfahrungen der Praxis stärker in die Gesetzgebung einfließen, der Vorschriftenschun- gel entschlackt und die Verwaltung effizienter und digitaler werden. Nur so können Handwerksbetriebe nachhaltig entlastet und wettbewerbsfähig bleiben.

Der ZVEH: Der Zentralverband der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke (ZVEH) vertritt die Interessen von 48.225 Unternehmen aus den drei Handwerken Elektrotechnik, Informationstechnik und Elektromaschinenbau. Mit 524.224 Beschäftigten, davon 46.196 Auszubildende, erwirtschaften die Unternehmen einen Jahresumsatz von 87,8 Milliarden Euro. Dem ZVEH als Bundesinnungsverband gehören zwölf Landesverbände mit 313 Innungen an..

Stand: 09.01.2025

ZVEH Zentralverband der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke
Lilienthalallee 4
60487 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 247747-0
E-Mail: zveh@zveh.de
Internet: www.zveh.de
Lobbyregisternummer: [R002552](#)